

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE JUNI 2025 | 21. JAHRGANG



© Olaf Kosinsky, Olaf Kosinsky creator
QS:PT02030103278
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2020
0123_Dierma_Voiles_By_Olaf_Kosinsky_6884)
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:
Olaf_Kosinsky_8884r_Ausschnitt_&_Farbbebung
by_Karl_Wilges,
https://commons.org/licenses/by-
sa/3.0/de/legalcode

Die Woidkedämmerung

Kurz vor der Sommersonnenwende ist über Brandenburgs SPD längst die Dämmerung eingebrochen. Die anhaltende Regierungskrise, Rücktritte und Rausschmisse sowie ein massiver Kürzungshaushalt zeigen: Die selbsterklärte Brandenburg-Partei hat den Zenit überschritten. Lesen Sie alles zur Krise der SPD auf **SEITE 3.**



Rente mit 70 – völlig irre

Dänemark hat im Mai 2025 beschlossen, dass das Renteneintrittsalter von 67 Jahren bis 2040 stufenweise auf 70 Jahre steigen soll. Und es gab auch in Deutschland Forderungen, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben. In Deutschland lehnen jedoch Gewerkschaften und Sozialverbände die Rente mit 70 ab. Für Die Linke fordert Jan van Aken, Vorsitzender der Partei, das Rententalter sogar abzusenken.

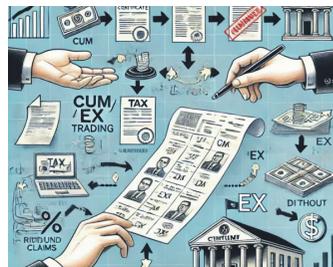
SEITE 2



In Potsdam und im Land: CSD

Im Mai 2025 fand in Potsdam wieder eine farbenfrohe Demonstration der LGBTQ+ mit circa 2000 Teilnehmer:innen statt. Auf der traditionellen Route vom Alten Markt zum Rathaus, wo die Regenbogenflagge gehisst wurde, weiter zu einer Festmeile im Holländischen Viertel, gab es im Anschluss ein „Queensday“-Programm mit Musik- und Comedy sowie zahlreichen Infoständen.

SEITE 6



Vandre fordert: Cum-Cum Geschäfte aufklären

Sie stehlen, hinterziehen, täuschen und bereichern sich an der Öffentlichkeit: Banken, die mit kriminellen und illegalen Cum-Cum-Geschäften dem Staat schätzungsweise mindestens 28,5 Milliarden Euro gestohlen haben. Doch Cum-Cum ist nicht der einzige Skandal, der vergangenen Jahre. Die Summe des Steuerschadens aus Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften wird sogar auf 38 bis 40 Milliarden Euro geschätzt.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

**Alternatives
Amtsblatt der
Fraktion
Die Linke Potsdam**

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Wir berichten über die zurückliegende SVV vom 11. Juni 2025. Im Mittelpunkt natürlich der Wechsel im Fraktionsvorstand – hier hat Tobias Woeiki den Staffelnstab von Isabel Vandre (MdB) übernommen. Weiter behandeln wir das Schüler*innenticket und die Entfristung des Mittagessendeckels sowie den abgelehnten Wehrpflichtantrag. Und – kurz vor der Sommerpause – noch die Gesprächstermine.

SEITEN IV - V



Für einen würdevollen Ruhestand

Es ist kaum zu glauben: Dänemark hat im Mai 2025 beschlossen, dass das Renteneintrittsalter von 67 Jahren bis 2040 stufenweise auf 70 Jahre angehoben werden soll. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und der demografischen Herausforderungen soll so das Rentensystem

langfristig stabilisiert und der Wohlstand gesichert werden, begründete die dänische Regierung. Dortige Gewerkschaften und linke Parteien kritisieren, dass die Entscheidung Menschen mit belastenden Berufen benachteiligt und ihr Recht auf einen würdevollen Ruhestand gefährdet.

Die deutsche Wirtschaftsweisin Veronika Grimm bezeichnete dagegen das dänische Modell als einen Lösungsansatz für hiesige Probleme bei der Rente. Und es gab bereits auch in Deutschland Forderungen, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben – „um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten sei es notwendig, dass die Deutschen mehr arbeiten“.

In Deutschland lehnen jedoch Gewerkschaften und Sozialverbände die Rente mit 70 ab. Sie argumentieren, dass ein höheres Rentenalter soziale Ungleichheiten verschärfen würde.

Für Die Linke fordert Jan van Aken, Vorsitzender der Partei, das Rentenalter sogar abzusenken: „Dass jeder Vierte vorzeitig in Rente gehen will und dabei Abschläge in Kauf nimmt, ist ein Alarmsignal. Wer im Pflegeheim arbeitet, in der Fabrik oder auf dem Bau kann irgendwann nicht mehr. Diese Menschen müssen dann in Rente gehen, weil Körper und Psyche am Ende sind. Die Rente mit 67 ist das größte Programm zu Kürzung der Renten in der Geschichte unseres Landes. Hunderttausende müssen mit Abschlägen in die Rente und haben so jeden Monat weniger Geld, als sie nach einem anstrengenden Berufsleben verdient hätten.“

Das ist zutiefst ungerecht. Deshalb fordern wir wieder eine Rente mit 65. Wir sagen auch: Wer 40 Jahre lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, soll ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können. Denn in vielen Berufen kann man nicht bis 67 arbeiten. Gut bezahlte Wirtschaftsexperten und Unions-Politiker können das nicht nachvollziehen und fordern bereits die nächste Erhöhung des Rentenalters. Wer sich jetzt hinstellt und von den Menschen verlangt, doch bis 70 zu arbeiten, der will in Wahrheit nur deren Renten schreddern. Wer stabile Renten will, muss dafür sorgen, dass alle Menschen mit ihren Einkommen einzahlen – auch Beamte, Selbstständige, Manager und Abgeordnete. Arbeiten bis der Sargdeckel fällt, ist jedenfalls nicht die Lösung des Rentenproblems.“ Die Bundesregierung hält an der Rente mit 67 fest.



Wiedereinführung der Wehrpflicht:

Nicht erst warten, bis der Musterungsbescheid kommt, mitmachen bei Aufklärung und Beratung

Die AG Frieden der Potsdamer Linken hat im Mai und Juni bereits zwei Diskussionsrunden zur geplanten Wiedereinsetzung der Wehrpflicht durchgeführt.

Wir streben an, hier vor Ort Strukturen zu schaffen, die uns in die Lage versetzen, wenn der Bundestag die entsprechenden Gesetzesänderung beschlossen

hat, in der Öffentlichkeit Aufklärungsarbeit zu leisten und ggf. Beratungsangebote für Verweigerer zu unterbreiten.

Dazu suchen wir Unterstützung. Wenn Du mitmachen willst, dann melde Dich:

AGFrieden@dielinke-potsdam.de

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotdam“ - BERND MARTIN, Springbruch 16, 14558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Steffen Lehnert,
Konstantin Gräfe, Romy Iben,
Maria Kadenbach, Carl Loschke,
Torben Reichert, Sven Ullrich.

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion

**Die nächste PaS erscheint am
10. Juli 2025**

LAYOUT

Sophie Sumburane

TELEFON der Redaktion

0157/ 84 95 76 55

E-MAIL

info@medienpunktpotdam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion/Archiv

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



Ideenlos, personell entkernt – und ohne Kurs

Was andernorts als normales politisches Taktieren durchgehen mag, ist bei Brandenburgs SPD ein tieferliegendes Problem. Nach 35 Jahren ununterbrochener Regierungszeit – davon bald zwölf unter Woidke – wirkt die Partei ausgebrannt und visionslos. Von politischen Projekten oder gar strategischer Zukunftsgestaltung fehlt jede Spur. Stattdessen: bloße Verwaltung des Status quo – und ein rigoroser Sparkurs, den Woidke mit Hilfe seines loyalen Koalitionspartners Crumbach (BSW) durchsetzen will.

Auch personell knirscht es gewaltig: Nach Langes Rücktritt und Schuberts Abwahl folgte der Rausschmiss von Regierungssprecher Florian Engels. Die SPD hat ein massives Nachwuchsproblem. Woidke setzt zunehmend auf Parteilose wie den neuen Innenminister René Wilke oder gar auf parteifremde Unterstützung – etwa durch einen FDP-Staatssekretär.

Doch diese Personalakrobatik wird die wachsenden Risse in der Regierung nicht mehr lange überdecken können. In der Partei rumort es – und das nicht erst seit Langes unrühmlichem Abgang. Ein grundsätzlicher Kurswechsel ist zwar nicht in Sicht, doch ein schneller parteiinterner Machtwechsel, der das Ende der Ära Woidke einläutet, wird immer wahrscheinlicher.

Konstantin Gräfe

Kursverlust in der Mark – Brandenburgs SPD taumelt dem Machtverlust entgegen

Es war ein denkwürdiger Moment: Bis zuletzt hatte sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hinter seine Innenministerin gestellt. Doch Ende Mai musste selbst der eigenwillige Landesvater einsehen, dass Katrin Lange – einst als seine potenzielle Nachfolgerin gehandelt – nicht mehr zu halten war.

Lange hatte den Präsidenten des Brandenburger Verfassungsschut-

zes entlassen – nicht etwa, weil dieser zu wenig gegen Rechts extremismus unternommen hätte, sondern weil sie dessen Einschätzung, die AfD sei „gesichert rechtsextrem“, nicht mittragen wollte. Für politische Beobachter war danach nicht mehr die Frage ob, sondern nur noch wann die Ministerin gehen würde. Denn Lange verstrickte sich jeden Tag mehr in Widersprüche. Anstatt sich mit Demut zu verabschieden oder gar Selbstkritik zu üben,

verließ Lange das Amt mit einer letzten Attacke gegen den entlassenen Behördenchef.

Dieser Abgang steht sinnbildlich für eine SPD, die in Brandenburg zunehmend an der Realität vorbeiregiert. Auch Potsdams Ex-OB Mike Schubert (SPD) hatte bis zuletzt Verantwortung von sich gewiesen – trotz offensichtlicher Missstände in der Landeshauptstadt.

Linke fordert inhaltliche Orientierung bei Kandidat:innenwahl

Potsdam – Nach der erfolgreichen Abwahl von Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) äußert sich die Potsdamer Linke positiv zum bevorstehenden politischen Neustart in der Stadt – mahnt jedoch zur inhaltlichen Ernsthaftigkeit in der nun beginnenden Suche nach einer neuen Stadtspitze.

In einer offiziellen Erklärung bezeichnete Die Linke Potsdam das Ergebnis als Signal für einen

Neuanfang und machte deutlich, dass es nicht ausreiche, nun einfach neue Namen ins Rennen zu schicken. Vielmehr müsse der Auswahlprozess für mögliche OB-Kandidat:innen programmatisch fundiert sein.

Man sei gut beraten, sich Kandidat:innen nach dem Programm zu suchen und nicht danach, wer gerade seinen Hut in den Ring wirft, hieß es aus der Partei. Für Die Linke stünden dabei die Absage

an neuerliche Sparhaushalte, eine Verstärkung des vergünstigten Schülertickets und des Kostendeckels für Schulmittagessen sowie wirksame Maßnahmen gegen die Potsdamer Mietenkrise im Fokus, so Kreisvorsitzende Iris Burdinski.

Von Potsdams linker Bundestagsabgeordneten Isabelle Vandre hieß es, der oder die neue OB stehe in der Verantwortung, „die Stadtgesellschaft und ihre

Bedürfnisse ernst zu nehmen und nicht des Amtes wegen zu verwalten, sondern gemeinsam mit den Potsdamer:innen zu gestalten – sozial, solidarisch und transparent.“

Die erste Runde der Neuwahl einer Oberbürgermeisterin oder eines Oberbürgermeisters in Potsdam wird am 21. September stattfinden, eine mögliche Stichwahl am 12. Oktober.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe Juni 2025

WIR KÄMPFEN FÜR DIE ENTFRISTUNG DES PREISDECKELS FÜR SCHULMITTAGESSEN UND SCHÜLERTICKET



Mit dem Haushaltsbeschluss für 2025/26 ist es der Linken gelungen, genügend Mittel einzustellen und auch langfristig bis 2028 einzuplanen, um 2 große Errungenschaften der Potsdamer Linken der vergangenen Jahre aufrecht zu erhalten: Die Preisbegrenzung auf 3,90€ für ein Mittagessen an Potsdamer Schulen und das verbilligte Potsdamer Kinder- und Schülerticket für Bus und Bahn für 15€ im Monat. Mit dem Haushaltsbeschluss ist jedoch nicht automatisch die Fortführung beider Leistungen verbunden, da diese bisher bis Ende 2025 befristet sind. Aus

diesem Grund haben wir in die SVV am 11.06. einen Antrag auf unbefristete Fortführung gestellt. Leider war es nicht möglich einen Sofortbeschluss zu erwirken, da die Grünen einen Antrag auf Überweisung in den Bildungs- und Jugendhilfeausschuss stellten. Wir werden an dem Thema dranbleiben und hoffen weiterhin auf eine Mehrheit für die Entfristung – für unsere familien- und kinderfreundliche Kommune Potsdam, die Teilhabe und gesundes Großwerden für Kinder und Jugendliche ermöglicht.

Tina Lange

Wechsel im Fraktionsvorstand: Statements der alten und des neuen Fraktionsvorsitzenden

Am 16. Juni hat die Linke Fraktionsspitze gewechselt. Die kürzlich in den Bundestag gewählte Isabelle Vandre legt ihr Mandat als Stadtverordnete nieder und so auch den Fraktionsvorsitz. Als Stadtverordneter rückt Konstantin Gräfe für sie nach. Im Fraktionsvorsitz wird sie Tobias Woelki beerben. Die Statements unserer alten und unseres neuen Fraktionsvorsitzenden.



Isabelle Vandre: Seit vier Monaten bin ich Bundestagsabgeordnete – durch einen Erfolg unserer Partei, der viele überrascht hat. Für uns aber war dieser fulminante Erfolg kein Zufall. Er ist Ergebnis einer Arbeit, die wir über Jahre gemeinsam als organisierende

Linke geleistet haben – in Potsdam, in Brandenburg, bundesweit. Politische Stärke entsteht für uns nicht durch einzelne Personen, sondern durch Struktur, durch Verankerung, durch Ansprechbarkeit. Das war immer unser Anspruch, und das bleibt es. Deshalb ist für mich klar: Die neue Aufgabe im Bundestag verdient meine volle Aufmerksamkeit. Nur so kann ich meinen Beitrag dazu leisten, dass unsere Strukturen auch in der Fläche wachsen. Und nur so können wir als Linke glaubhaft bleiben – ansprechbar, verbindlich und präsent. Weil ich diesen Anspruch ernst nehme, trete ich vom Fraktionsvorsitz in der Stadtkraktion und von meinem Mandat als Stadtverordnete zurück. Das fällt mir nicht leicht – aber ich weiß, dass die Fraktion in guten Händen ist.



Tobias Woelki: Ich freue mich sehr, den Fraktionsvorsitz übernehmen zu dürfen. Die Herausforderung für Linke Kommunalpolitik in unserer zunehmend rechten Gesellschaft sind groß, aber wir als Fraktion sind politisch breit aufgestellt, gut vernetzt und in den

sozialen Auseinandersetzungen über die ganze Stadt aktiv. In diesem Sinne will ich den Staffeln weitertragen: für niedrige Mieten, einen sozial-ökologischen Wandel in öffentlicher Hand und einen kostenlosen sowie verlässlichen ÖPNV.

Wir als Potsdamer Linke bleiben mit unserem gemeinsamen Ziel über die politischen Ebenen hinweg verbunden. Isabelle bleibt in Potsdam aktiv, zivilgesellschaftlich engagiert und im Dialog mit der Stadtgesellschaft.

Wir schaffen so neue Wege, wie kommunale und bundespolitische Arbeit enger zusammenrücken.

Rechte kennen statt blind gehorchen



Wir haben einen Antrag eingebracht, der auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnlich klingt, aber aus unserer Sicht aktuell und notwendig ist: Wir wollen, dass junge Menschen in Potsdam zu ihrem 18. Geburtstag ein Informationsschreiben erhalten, in dem ihre Rechte im Zusammenhang mit Wehrpflicht, Musterung und Kriegsdienstverweigerung erklärt werden.

Die politische Debatte auf Bundesebene hat längst begonnen.

Verteidigungsminister Pistorius spricht offen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Gleichzeitig erleben wir eine schleichende Normalisierung des Militärischen im politischen Diskurs, verbunden mit einem steigenden Druck auf junge Menschen, sich auf ein Leben im „Dauerkrisenmodus“ einzustellen.

Was dabei oft untergeht: Viele junge Menschen wissen häufig überhaupt nicht, welche Rechte sie haben. Die Wehrpflicht kennen

sie nur vom Hörensagen von früher. Die Möglichkeit, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, ein Grundrecht nach Artikel 4 des Grundgesetzes, ist kaum bekannt. Und auch die Prozesse rund um Musterung, Verweigerung und Beratung sind in der Lebensrealität der meisten 18-Jährigen schlicht kein Thema, bis es plötzlich eins wird.

Und ja, natürlich ist das ein symbolischer Schritt. Aber es ist eben auch konkrete kommunale Verantwortung Junge Menschen zu befähigen, sich informiert und selbstbestimmt in einer zunehmend unsicheren Welt zu orientieren.

*Tobias Woelki
Fraktionsvorsitzender*

Beschlossen...

Unser Antrag zur „Unterstützung bei der Wärmewendeumsetzung und energetischen Sanierung von Gebäuden“ wurde nun beschlossen. Beschlossen ist so die Prüfung von Methoden, den Wärmewendeprozess mit partizipativem Ansatz und sozialverträglich zu gestalten. Dafür ist es wichtig, dass man lokale Akteure vernetzt, Informationsaustausch und Self-Empowerment ermöglicht und Mieter*innen in Entscheidungsprozesse frühzeitig einbindet. Als Linke ist es unsere Aufgabe die Wärmewende als notwendiges Riesenprojekt in unserer Stadt auch so zu gestalten, dass das Projekt am Ende nicht auf dem Rücken der

Mieter*innen ausgetragen wird.

Außerdem hat die Linksfraktion gemeinsam mit weiteren Fraktionen einen Antrag für die „Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam während der Sommerferien als Pilotprojekt“ eingebracht und beschlossen. In diesen Sommerferien wird es also wieder die Möglichkeit für alle Potsdamer*innen geben, auch ihre Sonntage in der Bibliothek zu verbringen. Öffentliche Räume sollten nämlich auch zugänglich sein, wenn die meisten Menschen frei haben und so klaffende Sommerlöcher mit für alle zugänglichem Kulturangebot stopfen.

Termine

Juni 2025

Tobias Woelki
Fraktionsvorsitzender

Carl Loschke,
Fraktions-
geschäftsführung

Edisonallee 5-9
14473 Potsdam

Fraktionssitzung

am 23. und 30. Juni 2025
jeweils um 18 Uhr im
Lothar-Bisky-Haus, Allee-
straße 3 (parteiöffentlich)

Nächste SVV:

Mittwoch, 02. Juli.
15:00 Uhr, IHK Potsdam
Breite Straße 2A-C E-Mail

dielinke@rathaus.pots-
dam.de

Die Linke

Stadtfraktion
Potsdam

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per
E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19

Redaktion: Tobias Woelki (v.i.S.d.P.), Carl Loschke (Geschäftsführer)
Druck: Nordostdruck



Vor 84 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941, begann der Überfall auf die Sowjetunion durch das faschistische Deutschland. Damit einhergehend begann ein gnadenloser Vernichtungsfeldzug gegen „minderwertige Rassen“ um „Lebensraum im Osten“ zu schaffen. In einem bis dahin nicht gekannten Ausmaße wurden gegenüber den Soldaten des Gegners kriegsvölkerrechtliche Regeln überschritten und militärische Mittel auch gegen

die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener war bewusst mit Abstand schlechter als die von westlichen alliierten Truppenangehörigen, die Politik der „verbrannten Erde“ zerstörte in großem Umfang die Lebensgrundlage der Bevölkerung und forderte in der ehemaligen Sowjetunion die mit Abstand höchste Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung aller am II. Weltkrieg beteiligten Staaten.

Heutige Schätzungen gehen von etwa 27 Millionen Opfern aus!

Der militärische Angriff setzte aber auch den Rahmen für die erste Stufe der Vernichtung der europäischen Juden. Mit Duldung oder mit direkter Beteiligung ermöglichte die deutsche Wehrmacht diesen Massenmord durch sogenannte Einsatzgruppen und andere Sondereinheiten. Etwa die Hälfte aller im Holocaust

getöteten jüdischen Bewohner Osteuropas kamen hierbei um. Über 10 Millionen Menschen wurden zur Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten eingesetzt oder in das Deutsche Reich verschleppt. Ihre Geschichte wurde am längsten verdrängt, galt doch ihr Schicksal als am wenigsten bedeutsam und nicht besonders tauglich, um heroische Narrative in den jeweiligen Gesellschaften zu begründen. In der BRD wurden diese Verbrechen jahrzehntelang verschwiegen oder als „normale“ Kriegshandlung verharmlost; dies änderte sich erst mit der „Wehrmachtausstellung“ Mitte der 1990er Jahre. Entschädigung für die Millionen zivilen Opfer und für die Zwangsarbeiter:innen, die in deutschen Fabriken bis zum Tod ausgebeutet wurden, gibt es bis zum heutigen Tag nicht.

Für die Partei Die LINKE ist es nach wie vor Aufgabe und Pflicht an diese abscheulichen Taten zu erinnern! Unser Gedenken gilt all den Millionen Opfern des faschistischen Terrors. Und es bleibt dabei: NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!

Bernd Martin

Ein Einblick in die Geschichte des CSD

Seinen Ursprung hatte der CSD beim Stonewall-Aufstand in der New Yorker Bar „Stonewall Inn“ aufgrund von willkürlichen Verhaftungen von Homo- und Transsexuellen durch die Polizei. Erst 25 Jahre später hat der CSD im Jahre 1994 seine Wurzeln geschlagen, 4 Jahre nachdem am 17.5.1990 die WHO den Diagnoseschlüssel „Homosexualität“ offiziell abgeschafft hat. Bei der ersten Demonstration in Potsdam marschierten Lesben, Schwule, Bi-, Trans-, Inter- und Pansexuelle (LGBTIQ+) im Kampf für ihre Rechte vom Alten Markt zum Rathaus Potsdam. Dies wird nun jährlich traditionell weitergeführt und seit 2024 ist Potsdam als Stadt auch offizieller Gastge-

ber für das bundesweite Forum „Regenbogenparlament“. Ziele der LGBTIQ+ sind die öffentliche Sichtbarkeit, Gleichberechtigung und ein Zeichen für Solidarität und Vielfalt zu setzen. Am 17.5.25 fand in Potsdam wieder eine farbenfrohe Demonstration der LGBTIQ+ mit circa 2000 Teilnehmer:innen statt. Auf der traditionellen Route vom Alten Markt zum Rathaus, wo die Regenbogenflagge gehisst wurde, weiter zu einer Festmeile im Holländischen Viertel, gab es im Anschluss ein „Queensday“-Programm mit Akteuren aus der Musik- und Comedybranche, sowie zahlreiche Infostände. Dieses Jahr gab es 17 Veranstaltungen zum CSD in Brandenburg, so viele wie



IN POTSDAM UND IN RHEINBERG (FOTO) WAREN WIR DABEI

noch nie. Mit dem Motto „Wählt Liebe“ wurde beim CSD ein deutliches Statement für den Wunsch nach mehr Toleranz und gegen Diskriminierung gesetzt, auch auf-

grund des zunehmenden Drucks auf unsere demokratischen Werte in der politischen Entwicklung.

Romy Ibe



Die Linke

Isabelle Vandré, MdB

Illegale Cum-Cum-Geschäfte restlos aufklären

Sie stehlen, hinterziehen, täuschen und bereichern sich an der Öffentlichkeit: Banken, die mit kriminellen und illegalen Cum-Cum-Geschäften dem Staat schätzungsweise mindestens 28,5 Milliarden Euro gestohlen haben. Doch Cum-Cum ist nicht der einzige Skandal, der vergangenen Jahre, in denen der Staat

systematisch betrogen wurde. Die Summe des Steuerschadens aus Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften wird sogar auf 38 bis 40 Milliarden Euro geschätzt. Geld, das unseren Kommunen zum Bau von Schulen und KiTas fehlt. Geld, das die Krankenhäuser zur Sicherung der Gesundheitsversorgung bräuchten. Geld, das wir für so-

zialen Wohnungsbau, den ÖPNV, zur Bekämpfung der Kinderarmut dringend benötigen. Kurz: Geld, das uns allen gehört, aber ganz sicher nicht sich selbst bereichernden Eliten. Eliten, die im Übrigen viel zu häufig über beste politische Kontakte verfügen und nicht nur vor Strafverfolgung und Strafzahlung geschützt, sondern bei ihren kriminellen Machenschaften regelrecht unterstützt wurden.

Daraus wurden zu keinem Zeitpunkt politische Konsequenzen gezogen. Das ist ein Skandal, dessen Aufklärung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Doch Aufklärung braucht Zeit. Zeit, die Steuerfahnder:innen dank einer gesetzlichen Regelung der Ampel-Regierung nicht haben werden. Denn mit dem 01. Januar 2026 beginnt die verkürzte Aufbewahrungspflicht von Buchungsbelegen aus dem sogenannten Bürokratienteilungsgesetz IV. Nun ist der kürzlich von der Regierungsbank in die Opposition gewechselte Grünenfraktion aufgefallen, dass diese Frist nicht reicht, um Cum-Cum aufzuklären. Deshalb haben sie einen Antrag eingereicht, der mir

meine erste Rede als Sprecherin der Linksfraktion zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und Immobilienspekulation im Bundestag bescherte. Unsere Position als Linke: Egal ob Cum-Ex, Cum-Cum oder Wirecard – die Finanzskandale der letzten Jahre müssen systematisch aufgeklärt und Schlupflöcher endlich geschlossen werden. Denn, dass Deutschland heute ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche ist, ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist Resultat bewusster, politischer Entscheidungen. Politischer Entscheidungen und gesetzlicher Grundlagen, an denen in der Vergangenheit auch gerne mal der Bankenverband selbst mitgeschrieben hat. Natürlich unterstützen wir als Linksfraktion daher das Ansinnen die Aufbewahrungsfristen zu verlängern. Das reicht allerdings nicht und ist als Initiative einer ehemaligen Regierungsfraktion ungläubwürdig.

Isabelle Vandré, MdB und Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und Immobilienspekulation

Mietwucher stoppen – auch in Potsdam

Die Linke liefert: Bereits in einer der ersten Sitzungen hat sie das Mietwuchergesetz im Bundestag eingebracht. Die Linke fordert im Bundestag eine gesetzliche Obergrenze für Mieten: Künftig soll Mietwucher schon dann vorliegen, wenn die Miete mehr als 20 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt – bislang greift das Gesetz nur bei „ausbeuterischer Absicht“. Das soll sich nun ändern, zudem soll sich Geldstrafe für derartige Ausnutzung der Wohnungsmisere erhöhen. Gerade in Städten wie Potsdam, wo die Mieten seit Jahren explodieren, könnte das helfen: In Innenstadtlagen zahlen Mieter*innen inzwischen bis zu 20/m² kalt. Nirgendwo in ganz Deutschland sind die Mieten so stark gestiegen wie hier.

helfen kann, ist der Mietwucher-Check – online verfügbar auch für Potsdam. Mit wenigen Klicks lässt sich prüfen, ob die eigene Miete noch im Rahmen liegt oder bereits überhöht ist. Für viele ist das ein erster Schritt, sich zu wehren – und die Politik unter Druck zu setzen.

<https://www.mietwucher.app/>



Ein Instrument, das bereits jetzt

Die Linke

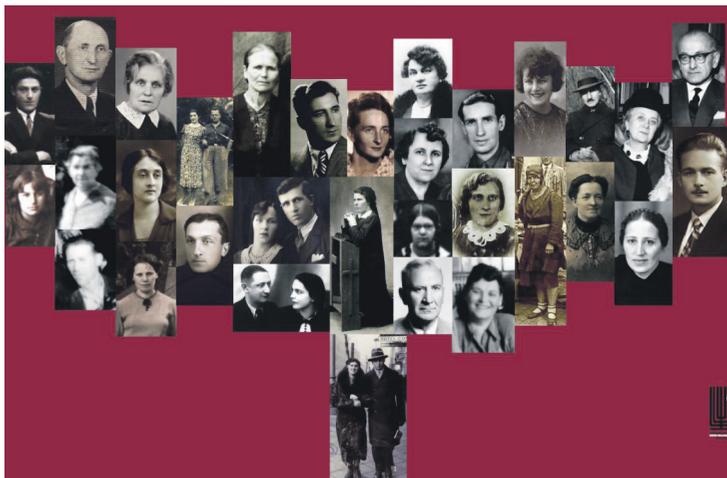
Mietwucher-Check:

Jetzt auch für Potsdam!

„Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“

Ausstellung der Assoziation Kinder des Holocaust, Polen. 12. Juni bis 25. Juli 2025 Mo bis Fr 8 bis 20 Uhr und Sa & So 12 bis 18 Uhr im Treffpunkt Freizeit Potsdam. Eintritt frei.

Die Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“ gibt 15 Menschen eine Stimme, die als Kinder den Holocaust überlebten weil sie von ihren jüdischen Eltern an polnische Familien übergeben wurden. Ihre Geschichten, geprägt von Verlorenheit, Identitätssuche und stillem Widerstand gegen das Vergessen, machen die Verflechtungen von individueller Bio-



grafie und kollektiver Geschichte sichtbar. Diese Ausstellung steht

für mehr als Erinnerungskultur. Sie ist ein Aufruf zu internationa-

ler Solidarität, Antifaschismus und gegen Rassismus damals wie heute. In Zeiten, in denen rechte Narrative lauter werden, braucht es Räume wie diesen: politisch, bildend, empathisch. Die Schau zeigt, was Widerstand im Kleinen bewirken kann und dass Erinnerung nicht museal, sondern zutiefst gegenwartsbezogen ist. Ein eindringliches Angebot für Jugendgruppen, Schulklassen, und alle Menschen, die Erinnerung als Handlungsauftrag begreifen.

Sven Ullrich

Ausstellung „HOW TO CATCH A NAZI.“



In der Ausstellung „HOW TO CATCH A NAZI. Operation Finale: Die Ergreifung & der Prozess von Adolf Eichmann“ lassen sich an einer Medienstation Ausschnitte aus zahlreichen Spiel-, Dokumentar- und Fernsehfilmen sichten und vergleichen. Zugrunde liegt eine intensiv recherchierte Filmografie, die die Breite der filmischen Auseinandersetzungen mit dem Thema verdeutlicht. Eine Auswahl der Filme wird während der Ausstellungslaufzeit im Kino des Filmmuseums gezeigt und dort um Gespräche und Vorträge erweitert. Filmempfehlungen unter filmmuseum-potsdam.de



„Roten Nowawes“ - auf den Babelsberger Weberplatz. Mit Hüpfburg, Kinderschminke, einem Märchenzelt und einem Schachwettbewerb sowie Speisen und Getränke war für alles gesorgt. Mitglieder der SVV-Fraktion der Linken und des Ortsverbandes Babelsberg/ Zentrum Ost der Partei waren für die zahlreichen Gäste auch gefragte Gesprächspartner:innen. Einig waren sich alle Teilnehmende: das mittlerweile schon traditionelle Kinderfest der Linken in Babelsberg wird fortgesetzt.

Kinderfest der Linken – traditionell Spitze

Zum „Kinderfest“ aus Anlass des Internationalen Kindertages hatte für den vergangenen Sonnabend wieder die Potsdamer Linke eingeladen. Und wie immer strömten Jung und („etwas“) Alt aus der gesamten Stadt bei zünftigem Sommerwetter ins Zentrum des

Seniorenwoche mit vielfältigem Programm

Die 31. Brandenburgische Seniorenwoche steht unter dem Motto „Gutes Leben in Potsdam: Wohnen – Pflege – Sicherheit“. In der Landeshauptstadt leben über 62.000 Menschen, die älter als 60 Jahre sind – das entspricht knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung. Rund 42.000 Personen

sind über 65 Jahre. Die Seniorengruppe ist dabei keineswegs einheitlich: Ihre Lebenslagen, Bedürfnisse und Perspektiven sind vielfältig. Peter Mundt, Vorsitzender des Seniorenbeirats, verweist auf die wachsende Zahl hilfesuchender älterer Menschen in der Suppenküche der Volkssolidarität. Dies zeige, wie wichtig Orte der Unterstützung und sozialer Teilhabe seien: „Älterwerden in Potsdam bedeutet für viele auch, mit ganz konkreten sozialen Fragen konfrontiert zu sein.“

Den Abschluss der Seniorenwoche bildet am 11. Juli ein Theaterabend auf der Seebühne des

Hans-Otto-Theaters. Das vollständige Programm ist unter [www.potsdam.de/seniorenwoche] abrufbar. Weitere Auskünfte erteilt das Seniorenbüro unter 0331 289-3439 oder per E-Mail an [seniorenbuero@rathaus.potsdam.de].



++Termine ++ Termine++

21.06. | 13 - 17 Uhr | Lothar-Bisky-Haus (Alleestr. 3)

Konferenz:
„Zukunft der Digitalpolitik: Linke Perspektiven“

Infos unter: dielinke-potsdam.de

21.06. | 14 Uhr | Startpunkt Alter Markt

Fahrrad Pride

05.07. | Bassinplatz

Linker Infostand beim Afrikafest

++Termine ++ Termine++

12.07. ab 10 Uhr Ort wird noch bekannt gegeben

Gesamtmitgliederversammlung Die Linke Potsdam

Noch bis zum 25. Juli 18 - 20 Uhr | Treffpunkt Freizeit (Am Neuen Garten 64)

RLS: Ausstellung „Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern“

Jetzt schon vormerken:

30. August - LINKES Sommerfest im Lustgarten